



## **Beschluss**

in dem Verwaltungsverfahren nach § 26 Abs. 2 ARegV i. V. m. § 29 Abs. 1 EnWG i. V. m. § 32 Abs. 1 Nr.1 und § 4 ARegV sowie § 29 Abs. 1 EnWG i. V. m. § 32 Abs. 1 Nr. 11 ARegV, u. a.

wegen Neufestlegung der kalenderjährlichen Erlösobergrenzen

hat die Beschlusskammer 8 der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen, Tulpenfeld 4, 53113 Bonn,

durch den Vorsitzenden     Alexander Lüdtkke-Handjery,  
den Beisitzer                     Rainer Bender  
und den Beisitzer                 Wolfgang Wetzl,

gegenüber der Schleswig-Holstein Netz AG, Schleswig-HeinGas-Platz 1, 25450 Quickborn,  
gesetzlich vertreten durch den Vorstand

- Antragstellerin -

am 24.10.2013 beschlossen:

1. Die kalenderjährlichen Erlösobergrenzen der Antragstellerin werden für den Zeitraum der ersten Regulierungsperiode gemäß **Anlage 1** dieses Beschlusses neu festgelegt.
2. Die Pflichten aus dem Beschluss vom 02.03.2009 (BK8-08/0793-11) bleiben unberührt.

## Gründe

### I.

Die Beschlusskammer hat gemäß § 26 Abs. 2 der Anreizregulierungsverordnung vom 29.10.2007 - ARegV - (BGBl. I S.2529) auf Antrag der beteiligten Netzbetreiber ein Verfahren zur Neufestlegung der Erlösobergrenzen nach § 26 Abs. 2 ARegV i. V. m. § 32 Abs. 1 Nr. 1, § 4 ARegV und § 29 Abs. 1 EnWG eingeleitet.

Die kalenderjährlichen Erlösobergrenzen der Antragstellerin wurden erstmals mit Beschluss vom 02.03.2009, unter dem Aktenzeichen BK8-08/0793-11, festgelegt. Die darin festgelegten kalenderjährlichen Erlösobergrenzen werden mit diesem Beschluss abgeändert.

Die Antragsstellerin übergibt zum 01.01.2011 Stromverteilungsnetzanlagen des „Amtes Lüttau“ an die Versorgungsbetriebe Elbe GmbH.

Die Antragstellerin hat mit Schreiben vom 25.05.2012 die Neufestlegung der kalenderjährlichen Erlösobergrenzen gem. § 26 Abs. 2 S.1 ARegV für die Kalenderjahre 2011 bis 2013 beantragt. Es erfolgt darin eine Zuordnung des Sachanlagevermögens auf den übergehenden bzw. verbleibenden Netzanteil. Es wurde unter anderem der Anteil der beeinflussbaren Kosten, der vorübergehend nicht beeinflussbaren Kosten und der dauerhaft nicht beeinflussbaren Kosten dargestellt und auf den abgehenden und verbleibenden Netzteil verteilt. Zudem wurden die aktuellen Kosten für die Inanspruchnahme des vorgelagerten Netzes mitgeteilt. Hinsichtlich der übergehenden Erlösanteile liegt der Bundesnetzagentur ein inhaltlich entsprechender Antrag der Versorgungsbetriebe Elbe GmbH vor.

Die Beschlusskammer hat der Antragstellerin unter anderem mit Schreiben vom 04.10.2013 Gelegenheit gemäß § 67 Abs. 1 EnWG gegeben, sich zu der beabsichtigten Entscheidung der Beschlusskammer zu äußern.

Dem Bundeskartellamt und der Landesregulierungsbehörde, in deren Bundesland der Sitz der Antragstellerin belegen ist, wurde gemäß § 58 Abs. 1 S.2 EnWG Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben.

Wegen der weiteren Einzelheiten wird auf die Verfahrensakte verwiesen.

## II.

Die Neufestlegung der Erlösobergrenzen der Antragstellerin erfolgt auf Grundlage des § 26 Abs. 2 ARegV i. V. m. § 32 Abs. 1 Nr. 1 ARegV und i. V. m. den dort genannten Rechtsvorschriften.

### 1. **Zuständigkeit**

Die Bundesnetzagentur ist gemäß § 54 Abs. 1 EnWG die zuständige Regulierungsbehörde.

### 2. **Ermächtigungsgrundlage**

Die Regulierungsbehörde legt gemäß § 26 Abs. 2 ARegV auf Antrag der beteiligten Netzbetreiber die Obergrenzen der zulässigen Gesamterlöse eines Netzbetreibers aus den Netzentgelten (Erlösobergrenzen) neu fest. Die Bestimmung der kalenderjährlichen Erlösobergrenzen erfolgt durch Neufestlegung nach § 32 Abs. 1 Nr. 1 ARegV i. V. m. § 29 Abs. 1 EnWG. Die Beschlusskammer bestimmt die Erlösobergrenze für jedes verbleibende Kalenderjahr der Regulierungsperiode neu (vgl. § 4 Abs. 2 S. 1 ARegV).

### 3. **Neubestimmung der kalenderjährlichen Erlösobergrenzen**

Für die Antragstellerin werden für die Jahre 2011 - 2013 die sich aus Anlage 1 ergebenden kalenderjährlichen Erlösobergrenzen festgelegt. Dabei sind die Beschlüsse zum § 26 Abs. 2 ARegV so abzufassen, dass sie den Sachstand des Netzüberganges wiedergeben. Die Erlösobergrenzen der Jahre 2009 und 2010 bleiben unverändert.

Die beteiligten Netzbetreiber haben eine Vereinbarung über die Aufteilung der dauerhaft nicht beeinflussbaren Kostenanteile i. S. d. § 11 Abs. 2 ARegV getroffen und diese zur Grundlage ihrer Anträge gemacht. Die Höhe der in den kalenderjährlichen Erlösobergrenzen der Antragstellerin enthaltenen dauerhaft nicht beeinflussbaren Kostenanteile ist ebenfalls aus der Anlage 1 ersichtlich.

Die beteiligten Netzbetreiber haben eine Vereinbarung über die Aufteilung der vorübergehend nicht beeinflussbaren Kosten i. S. d. § 11 Abs. 3 S. 1 ARegV geschlossen und diese zur Grundlage ihrer Anträge gemacht. Die Höhe der in den kalenderjährlichen

Erlösobergrenzen enthaltenen vorübergehend nicht beeinflussbaren Kostenanteile der Antragstellerin i. S. d. § 11 Abs. 3 S.1 ARegV ergeben sich aus Anlage 1.

Beeinflussbare Kostenanteile werden nicht übertragen, weil der abgebende Netzbetreiber einen Effizienzwert von 100% hat.

#### **4. Prüfungsmaßstab**

Die Neufestlegung der kalenderjährlichen Erlösobergrenzen nach § 26 Abs. 2 ARegV erfolgt auf Grundlage einer Vereinbarung der beteiligten Netzbetreiber über die Höhe des übergehenden Erlösanteils. Die durch die Netzbetreiber vorgenommene Aufteilung der Erlösobergrenzen wird durch die Regulierungsbehörde grundsätzlich inhaltlich nicht geprüft. Eine Überprüfung der zu Grunde gelegten Aufteilungsmaßstäbe bleibt jedoch ausdrücklich vorbehalten.

Die Beschlusskammer hat gemäß § 26 Abs. 2 S. 3 ARegV überprüft, dass die Summe der sich aus der Vereinbarung der beteiligten Netzbetreiber ergebenden Erlösanteile die kalenderjährlichen Erlösobergrenzen des aufzuteilenden Netzes nicht überschreiten. Es haben sich insoweit keine Beanstandungen ergeben.

#### **III.**

Der Tenor zu 2.) stellt klar, dass die tenorierten Nebenpflichten, die sich aus der Festlegungsentscheidung bezüglich der Erlösobergrenze ergeben, nunmehr für das bei der Antragstellerin verbliebene Netz gelten.

#### **IV.**

Hinsichtlich der Kosten nach § 91 EnWG ergeht ein gesonderter Bescheid.

#### **V.**

Die beigelegte **Anlage 1** ist Bestandteil dieses Beschlusses.

## Rechtsmittelbelehrung

Gegen diesen Beschluss kann binnen einer Frist von einem Monat nach Zustellung Beschwerde erhoben werden. Die Beschwerde ist schriftlich bei der Bundesnetzagentur (Hausanschrift: Tulpenfeld 4, 53113 Bonn) einzureichen. Es genügt, wenn die Beschwerde innerhalb der Frist bei dem Oberlandesgericht Düsseldorf (Hausanschrift: Cecilienallee 3, 40474 Düsseldorf) eingeht.

Die Beschwerde ist zu begründen. Die Frist für die Beschwerdebegründung beträgt einen Monat. Sie beginnt mit der Einlegung der Beschwerde und kann auf Antrag von dem oder der Vorsitzenden des Beschwerdegerichts verlängert werden. Die Beschwerdebegründung muss die Erklärung, inwieweit der Beschluss angefochten und seine Abänderung oder Aufhebung beantragt wird, und die Angabe der Tatsachen und Beweismittel, auf die sich die Beschwerde stützt, enthalten. Die Beschwerdeschrift und Beschwerdebegründung müssen durch einen Rechtsanwalt unterzeichnet sein.

Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung (§ 76 Abs. 1 EnWG).

Bonn, den 24.10.2013

Vorsitzender



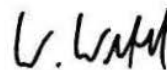
Lüdtké-Handjery

Beisitzer



Rainer Bender

Beisitzer



Wolfgang Wetzl

